

Schluss mit dem Zeitspiel!

Bremer Forderungen für mehr Umsetzung beim Klimaschutz

Die Klimakrise verschärft sich vor unseren Augen, eine angemessene politische Reaktion lässt jedoch auch in Bremen weiter auf sich warten. Angesichts immer neuer Temperaturrekorde – 2020 war für Deutschland das heißeste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen – läuft uns die Zeit davon. Die Wissenschaft ist eindeutig: Wenn wir eine Chance haben wollen, die Erderwärmung auf unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, dann müssen die globalen Treibhausgasemissionen jetzt innerhalb weniger Jahre deutlich sinken. Industrieländern wie Deutschland kommt dabei eine besondere Verantwortung zu – schließlich tragen sie mit ihren sehr hohen Emissionen stärker als andere zur Klimakrise bei. Als angemessenen Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel müssen wir in Deutschland daher bis spätestens 2035 klimaneutral werden.

Stärkere klimapolitische Anstrengungen hierzulande sind auch aus historischen Gründen geboten, denn der materielle Wohlstand Deutschlands gründet nicht zuletzt auf der Nutzung fossiler Energien und den damit verbundenen CO₂-Emissionen. Als reichem Industriestaat stehen uns modernste Technologien und finanzielle Mittel zur Verfügung, um auf die Klimakrise zu reagieren. Zur gleichen Zeit werden viele Menschen in Ländern des Globalen Südens ungeschützt von den Folgen einer Krise getroffen, die nicht zu ihrer Entstehung beigetragen haben. Diese privilegierte Situation bringt besondere Anforderungen an unser politisches Handeln mit sich.

Die Bewältigung der Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, wie schnell und durchgreifend politische Maßnahmen umgesetzt werden können, wenn es um den Schutz der Bevölkerung geht. Auch wenn beide Krisen große Unterschiede aufweisen, ist eine ähnlich konsequente Handlungsbereitschaft auch im Klimaschutz geboten. Die Pandemie stellt eine Zäsur dar, die Anlass für eine Neuorientierung unseres Wirtschaftens sein muss. Es liegt auf der Hand, dass wir nach Überwindung dieses weltweiten Gesundheitsnotstands nicht zum „business as usual“ zurückkehren, sondern ein zukunftsfähiges Modell für unsere Gesellschaft entwickeln sollten.

Dafür muss der Wiederaufbau der Wirtschaft unter sozial-ökologischen Gesichtspunkten vollzogen und die bereitgestellten öffentlichen Gelder ohne Ausnahme in nachhaltiges wirtschaftliches Handeln investiert werden. Zur Überwindung der Klimakrise gibt es keinen Impfstoff. Stattdessen braucht es tiefgreifende Veränderungen unserer Produktions-, Energie- und Verkehrssysteme, die den Menschen zukünftig mehr Lebensqualität

versprechen. Dabei steht auch die Politik vor Ort in der Pflicht. Gerade hier, in den Städten und Gemeinden, werden maßgebliche Entscheidungen – etwa in der Verkehrspolitik – getroffen, und hier werden positive Veränderungen für die Menschen sichtbar.

Auch Bremen muss Verantwortung übernehmen und seinen Beitrag leisten, um die Ziele aus dem Pariser Klimaabkommen zu erreichen. Der fachliche Austausch in der Enquetekommission für eine Bremer Klimaschutzstrategie ist begrüßenswert, darf aber nicht dazu verleiten, dringend notwendige Entscheidungen und Maßnahmen weiter aufzuschieben. Die Enquetekommission muss unverzüglich und nicht erst im Jahr 2022 damit beginnen, klare Empfehlungen auszusprechen. Mit zeitlichen Fristen für die Reduzierung der CO₂-Emissionen und einer Orientierung am Ziel der Klimaneutralität Bremens bis 2035 als angemessenen Beitrag, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen.

Die Bremer Landesregierung muss dem Klimaschutz endlich auch in ihrem praktischen Handeln besonderes Gewicht geben und die im Koalitionsvertrag vereinbarten Schritte gemeinsam mit der Bremischen Bürgerschaft angehen. Bereits jetzt mögliche Maßnahmen müssen sofort umgesetzt und das Thema personell und finanziell aufgewertet werden. Als zivilgesellschaftliche Organisationen fordern wir die Entscheidungsträger*innen in Bremen auf, die 2020 ausgerufene Notlage in der Klimakrise als solche anzuerkennen und endlich dementsprechend zu handeln.

In einem breiten Bündnis haben wir die folgende Liste mit konkreten Maßnahmen und Instrumenten für einen ambitionierten Klimaschutz in Bremen ausgearbeitet. Diese Forderungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr verstehen wir sie als Denkanstoß und Hinweis darauf, dass viele Ansätze zur Lösung und Linderung der Klimakrise direkt vor uns liegen. Was es braucht, ist der Mut von Entscheidungsträger*innen in Politik und Gesellschaft, nun schnell in die konkrete Umsetzung von starken und wirksamen Maßnahmen zu kommen. Wir haben keine Zeit zu verlieren.

Energie und Industrie

Auf dem Weg zur Klimaneutralität spielen eine Senkung des Energieverbrauchs und die Dekarbonisierung der Energieerzeugung eine entscheidende Rolle. Dazu muss die energetische Nutzung von Kohle, Erdöl und Erdgas vollständig aufgegeben und die Energieversorgung zu 100 % auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Durch das Abschalten größerer fossil betriebener Kraftwerke können die CO₂-Emissionen in Bremen bereits kurzfristig deutlich gesenkt werden – nebenbei wird die Luft in Bremen dadurch sauberer, indem auch Emissionen von Feinstaub und giftigen Schwermetallen wie Quecksilber reduziert werden (siehe Kapitel Gesundheit). Neue Gaskraftwerke, Müllverbrennung oder die Verfeuerung von Holz in Kohlekraftwerken stellen dagegen nicht die Alternativen dar, die wir für eine nachhaltige Energiegewinnung benötigen.

Wir fordern:

- Die Strom- und Fernwärmeerzeugung mit Steinkohle muss neben dem Kraftwerk Hafen auch an den Standorten Farge und Hastedt so schnell wie möglich beendet werden. Zusammen mit den Kraftwerksbetreibern muss die Landesregierung einen Fahrplan erarbeiten, der den Kohleausstieg sicherstellt und die Kraftwerksstandorte sinnvoll in eine erneuerbare Erzeugungsstrategie einbindet.
 - Mit dem Neubau von Gaskraftwerken wird die Nutzung fossiler Energieträger für viele weitere Jahre zementiert. Um frühzeitig Klimaneutralität zu erreichen, dürften die im Bau befindlichen Erdgas-BHKW beim Kohlekraftwerk Hastedt daher erst gar nicht in Betrieb genommen werden. Sollte dies planungsrechtlich nicht mehr zu verhindern sein, dann muss die Erdgasverbrennung dort regulatorisch (z.B. durch CO₂-Grenzwerte oder Erneuerbare-Energien-Quoten zur Fernwärme-Einspeisung) begrenzt und bereits jetzt an erneuerbaren Nachfolgelösungen gearbeitet werden, ohne dabei auf ökologisch bedenkliches Biogas oder "grünen Wasserstoff" zu setzen, der auf Bereiche ohne erkennbare erneuerbare Alternativen beschränkt bleiben sollte (siehe unten).
 - Die Verfeuerung von (Holz-)Biomasse in Kohlekraftwerken wie Bremen-Farge lehnen wir aus Gründen der Nachhaltigkeit entschieden ab. Durch die enorme Nachfrage nach Holz geraten natürliche Wälder stärker unter Druck und der Verlust der biologischen Vielfalt wird weiter verschärft. Die Holzverbrennung ohne vorherige stoffliche Nutzung verschwendet wertvolle Rohstoffe und ist zudem in relevanten Zeiträumen nicht klimaneutral. Die betreffenden Arbeitsplätze an den Kraftwerksstandorten sollten stattdessen so gesichert werden, dass sie tatsächlich zukunftsfähig sind.
 - Die überwiegend auf Importen basierende Müllverbrennung in den Bremischen Müllheizkraftwerken muss im Zuge einer ‚Zero Waste‘-Politik (siehe Kapitel Konsum und Abfall) deutlich reduziert werden. Sie stellt keinen Beitrag zu einer umweltverträglichen und klimaneutralen Energieversorgung dar.
- Bremen muss bis spätestens Mitte 2021 eine Solar Cities-Strategie zum maximalen Ausbau der Erzeugungskapazitäten für Solarstrom und Solarwärme entwickeln, welche die Gebäudedächer ebenso wie Fassaden, Freiflächen, Parkplätze und Verkehrswege als Potenziale mit einbezieht. Immobilien der öffentlichen Hand sollten hier eine Vorreiterrolle spielen. Ziel muss sein, dass der Solaranteil an der Strom- und Wärmeversorgung bis 2030 mindestens 25 % und die Photovoltaik-Leistung mind. 1.000 MWp beträgt. Dazu muss neben Investitionsmitteln von jährlich 100 Millionen Euro eine solare Task Force zur Evaluierung, Planung, Umsetzung und Betrieb der Anlagen bereitgestellt werden.
 - Insbesondere im Bereich von Industrie-, Gewerbe-, und Hafengebieten muss, verbunden mit dem Repowering von Altanlagen, der weitere Ausbau der Windenergie vorangetrieben werden. Auch hier braucht es eine ressortübergreifende Strategie, um die derzeitige Erzeugungsleistung bis 2030 um mindestens 50 % zu erhöhen.
 - Bremen muss mit einer Landeswärmestrategie die kommunale Wärmeplanung für Bremen und Bremerhaven etablieren, um zukünftige Wärmebedarfe umfassend zu ermitteln und die Erschließung von Solar- und Erdwärme, Umgebungswärme und Weserwärme sowie gewerblicher Abwärme über Wärmepumpen sicherzustellen. Als Beitrag zur Dekarbonisierung müssen jetzt die Weichen gestellt werden, um die Wärmeversorgung von Gebäuden mittelfristig vollständig erneuerbar zu leisten (siehe Kapitel Gebäude und Wohnen).
 - Die erneuerbare Erzeugung von „grünem“ Wasserstoff für Bremen sollte bevorzugt in der Region erfolgen und dessen Nutzung auf Bereiche ohne erkennbare erneuerbare Alternativen (Industrie, Hochseeschifffahrt, usw.) beschränkt werden. Power-to-gas sollte ebenso wie weitere effiziente Technologien zur Energiespeicherung gefördert werden, wobei der direkte Einsatz von Strom ohne Umwandlungsverluste Priorität haben sollte.
 - Die Bremer Landespolitik muss verstärkt konzeptionelle Impulse geben für den notwendigen Strukturwandel hin zu einer klimaneutralen bremischen Industrie. Insbesondere die großen Unternehmen der Stahlindustrie, Automobilherstellung, Luftfahrt- und Nahrungsmittelindustrie müssen unter Nutzung aller Potenziale in Sektorkopplung auf eine CO₂-neutrale Basis gestellt werden. Industrieanlagen wie die Bremer Stahlwerke müssen in die politischen Zielsetzungen zum Klimaschutz mit einbezogen werden.
 - Zusätzlich sollte die Bremer Landesregierung durch eine Suffizienz-Strategie in den verschiedenen Sektoren (Gebäudewärme, Strom, Verkehr, usw.) auf eine deutliche Senkung des absoluten Endenergieverbrauchs um 50 % bis 2035 hinwirken.

Gebäude und Wohnen

Im Gebäudesektor entstehen ca. 30 % der deutschen CO₂-Emissionen, ein Großteil davon durch Heizwärme. Wenn die Bremerinnen und Bremer klimaneutral leben und wirtschaften sollen, dann ist der klimafreundliche Umbau des Gebäude- und Wärmesektors daher von zentraler Bedeutung. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass der Neubau von heute der Gebäudebestand von 2050 sein wird. Um größere Energieeinsparungen zu erzielen, müssen darüber hinaus gerade die bestehenden Gebäude besser gedämmt und mit umwelt- und klimafreundlichen Heizungen ausgestattet werden. Die verwendeten Bau- und Dämmstoffe sollten ressourcenschonend und naturverträglich sein, um nicht neue Umweltprobleme zu schaffen. Bei der Planung und Umsetzung einer nachhaltigen Wärmewende ist entscheidend, dass die getroffenen Maßnahmen sozialverträglich gestaltet werden, um bestehende soziale Ungleichheiten nicht weiter zu verstärken (*Siehe Kapitel Klimagerechtigkeit*).

Wir fordern:

- Bis 2035 sollte der Wärmebedarf in Bremen mit geeigneten politischen Maßnahmen insgesamt um mindestens 40 % reduziert werden.
- Im Rahmen einer kommunalen Wärmeplanung müssen die Wärmebedarfe und -überschüsse in Bremen konsequent zusammengeführt werden, um entstehende Abwärme bestmöglich zu nutzen. Der Senat muss dazu noch in dieser Legislatur eine Landeswärmestrategie erarbeiten.
- Für alle Neubauten müssen der Passivhausstandard oder Energieplus-Standard zwingende Vorgabe werden. Im Zuge der Bauvorhaben gilt es, erneuerbare, klimafreundliche und recyclingfähige Baustoffe einzusetzen und die Graue Energie mit Hilfe einer Lebenszyklusanalyse so gering wie möglich zu halten.
- Die Sanierung des Gebäudebestandes muss konsequent mit einer jährlichen Sanierungsquote von mindestens 4 % auf den KfW55-Standard oder einen strengeren Standard vorangetrieben werden. Hierzu gilt es mit entsprechenden Förderbedingungen und Steuererleichterungen die nötigen Anreize zu schaffen und ein Monitoring über die tatsächlich erzielten Energieeinsparungen einzurichten. Die konkreten Regelungen müssen so gestaltet werden, dass die Sanierungen von Mietwohnungen und -häusern warmmietenneutral bleiben und die soziale Verdrängung durch steigende Mieten nicht weiter verschärfen.
- Durch Vorgaben sowie finanzielle Anreize muss die Installation von solarthermischen und Photovoltaik-Anlagen auf Gebäuden massiv vorangetrieben werden, um vermehrt erneuerbare Wärme und Strom zu gewinnen (*siehe Kapitel Energie*). Die 2020 beschlossene Solarpflicht für Neubauten in Bremen geht hier in die richtige Richtung.
- Der Einbau neuer fossiler Heizungen in Gebäuden muss in Bremen spätestens ab 2022 verboten werden. Für

bestehende fossile Anlagen muss nach Möglichkeiten gesucht werden, diese in ihrer Laufzeit zu begrenzen. Stattdessen sollte die Nutzung von Wärmepumpen durch entsprechende Programme finanziell gefördert werden.

- 10 % der Wärmeversorgung von Gebäuden in Bremen erfolgt über das Fernwärmenetz. Bremen muss hier die enormen Potenziale zur CO₂-Einsparung nutzen und die Fernwärmeerzeugung bis 2030 dekarbonisieren. Dazu sollten ein CO₂-Grenzwert sowie eine Quote für erneuerbare Energien in der Fernwärme eingeführt werden.

Klimagerechtigkeit

Die Auswirkungen der Klimakrise bekommen alle Menschen weltweit zu spüren. Bei Weitem nicht alle sind aber gleich stark betroffen. Diejenigen, die unter Armut und Hunger leiden, trifft die Klimakrise oft mit besonderer Härte. Während reiche Industriestaaten über finanzielle Mittel zur Klimaanpassung verfügen, leiden die Menschen in den Ländern des Globalen Südens am stärksten unter den Folgen einer Krise, zu deren Entstehung sie selber am wenigsten beigetragen haben. Das reichste Prozent der Menschen verursacht doppelt so viele CO₂-Emissionen wie die ärmere Hälfte der gesamten Weltbevölkerung.

Zugleich verstärkt die Klimakrise bestehende Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern, insbesondere in den Ländern des Globalen Südens. Schon heute haben Frauen oft weniger politischen und wirtschaftlichen Einfluss, Besitzansprüche und der Zugang zu Ressourcen werden ihnen verwehrt. In Folge dieser Diskriminierung sind sie den zunehmenden Wetterextremen stärker ausgesetzt, anhaltende Dürren erschweren ihnen die landwirtschaftliche Arbeit und Versorgung ihrer Familien. Besonders schwangere und stillende Frauen, Kinder und alte Menschen sind durch die Folgen der Klimakrise in ihrer Gesundheit gefährdet.

Im Zuge der weiteren Erhitzung der Erde werden unzählige Menschen ihre Heimat verlieren. Viele Regionen werden aufgrund der dort herrschenden Temperaturen unbewohnbar, ganze Landstriche mit dem ansteigenden Meeresspiegel im Wasser versinken. Wenn klimabedingte Veränderungen zu Migration führen, dann sind es ebenfalls meist die Frauen, die zurückbleiben und ohne finanzielle und rechtliche Absicherung für ihre Familien sorgen. Auch innerhalb Deutschlands und in Bremen sind die Lasten der Krise ungleich verteilt. Menschen mit geringem Einkommen sind von Erhöhungen der Nahrungsmittel- und Energiepreise stärker betroffen und wohnen häufig in dichter bebauten Stadtbereichen, mit weniger Stadtgrün zur Abkühlung während sommerlicher Hitzeperioden.

Wir fordern:

- Entwicklungspolitische Zielsetzungen sollten mit der neuen Klimaschutzstrategie verknüpft und Bremer Partnerstädte im Globalen Süden verstärkt beim Thema Klimaschutz und Klimaanpassung unterstützt werden.

- Mit einer Summe, die 5 % aller Landesmittel entspricht, die bis 2030 im Land Bremen für Klimaschutz und Klimaanpassung ausgegeben werden, sollen developmentpolitische Auslandsprojekte mit diesen Schwerpunkten gefördert werden.
- Bremen muss sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das gesetzlich verankerte Recht auf Asyl in Europa auch für Klimageflüchtete sichergestellt wird.
- Bei der Ausarbeitung von Klimaschutzmaßnahmen muss die Landespolitik die bestehenden sozialen Ungleichheiten innerhalb Bremens berücksichtigen. Das gilt insbesondere für Maßnahmen, die zu einer finanziellen Mehrbelastung einkommensschwacher Menschen führen könnten (z.B. Gebäudesanierungen, Kosten für ÖPNV).
- Die Bremerinnen und Bremer müssen die Gelegenheit erhalten, in kommunale klimapolitische Entscheidungsprozesse mit eingebunden zu werden. Angesichts der Tragweite des Themas ist eine Bürgerbeteiligung besonders geboten. Hierbei sollte zwingend auf gleiche Beteiligungschancen für alle Bevölkerungsgruppen geachtet werden.

Stadtentwicklung und Klimaanpassung

Städte stehen angesichts der Klimakrise vor besonderen Herausforderungen. Durch dichte Bebauung, Flächenversiegelung und Luftschadstoffe heizen sich städtische Ballungsräume um bis zu 10°C stärker auf als ihre ländliche Umgebung. Während zunehmender sommerlicher Hitzephase verstärkt dieser Wärmeinsel-Effekt den Hitzestress für die in der Stadt lebenden Menschen. Die sehr hohen Temperaturen gefährden die Gesundheit insbesondere älterer und chronisch kranker Menschen sowie von Kleinkindern (siehe Kapitel Gesundheit). Zugleich steigt durch häufigeren Starkregen das Risiko von Überschwemmungen. Die Bremer Landesregierung muss dringend Maßnahmen ergreifen, um Bremen und Bremerhaven besser an die negativen Folgen der Klimakrise anzupassen.

StadtNatur trägt zum Wohlbefinden und zur Gesundheit der Menschen in Bremen bei. Daneben erfüllt sie auch für die Anpassung an den Klimawandel viele Funktionen gleichzeitig. Die Wasserverdunstung aus Vegetation und offenen Wasserflächen trägt bei sommerlicher Hitze ebenso zur Abkühlung bei wie der Schatten von Bäumen und Sträuchern. Unversiegelte Flächen in Parks und Grünstreifen speichern den Niederschlag und wirken so auch bei Starkregen als Puffer gegen Überschwemmungen. Wenn städtisches Grün mit heimischen Arten gestaltet wird, dann stärkt das zugleich die Stadt als Ort der biologischen Vielfalt.

Wir fordern:

- Der zusätzliche Flächenverbrauch im Land Bremen muss, beispielsweise durch die effiziente Nutzung von

Bestandsgebäuden, spätestens bis 2030 auf null gesenkt werden, um Vegetationsflächen für die Klimaanpassung zu erhalten. Jede weitere Versiegelung muss durch Rückbau an anderer Stelle ausgeglichen werden. Der Stopp für den weiteren Flächenverbrauch muss für alle künftigen Planungsverfahren gelten und wird durch eine Neuverteilung des öffentlichen Raumes im Zuge der Verkehrswende unterstützt (*siehe Kapitel Verkehr*).

- In ganz Bremen muss die Entsiegelung von Flächen vorangetrieben werden, um die Wasserrückhaltung und -versickerung zu verbessern. Schulen und andere öffentliche Einrichtungen sollten mit gutem Beispiel vorangehen und mindestens die Hälfte ihrer Freiflächen entsiegeln und mit heimischen Arten bepflanzen. Für private Gärten muss ein Grenzwert für die Versiegelung außerhalb der Baugrenzen festgesetzt werden.
- Die Ausweitung von StadtNatur ist ein effektives Mittel, um Klimawandelfolgen wie sommerliche Hitze und Starkregen abzufedern. Durch die Erstellung eines Masterplans StadtNatur müssen konkrete Maßnahmen zur weiteren Begrünung Bremens und Bremerhavens und zur Förderung der Artenvielfalt in der Stadt initiiert und umgesetzt werden. Insbesondere sollten zusätzliche Schatten spendende Bäume und Sträucher gepflanzt und entsprechende Anwohnerinitiativen zu deren Pflanzung und Betreuung ermöglicht und unterstützt werden.
- Über das willkommene Begrünungsortsgesetz hinaus sollten die Dach- und Fassadenbegrünung von Bestandsgebäuden durch geeignete Anreize forciert werden, um dessen Kühlungseffekt und Wasserrückhaltung zur Abfederung von Klimawandelfolgen zu nutzen und heimischen Tier- und Pflanzenarten zusätzlichen Lebensraum zu bieten.
- Die Wasserfläche im Land Bremen sollte durch Aufweitung der zahlreichen Gewässer und die Neuschaffung von auch kleinen Wasserflächen bis 2030 um mindestens 10 % zunehmen. Die Gewässer müssen gezielt zur Rückhaltung von Niederschlagswasser genutzt werden, zum Beispiel durch Mäander zur Verringerung von Fließgeschwindigkeiten oder durch die Anlage von Retentionsräumen.

Verkehr

Bremen muss die Verkehrswende entschieden angehen, um die CO₂-Emissionen endlich auch in diesem Bereich deutlich zu senken. Bisher blieb die Klimabelastung durch den Verkehr anhaltend hoch, während die Emissionen in anderen Bereichen leicht zurückgingen. Eine Bremische Verkehrspolitik, die den motorisierten Individualverkehr einschränkt und zugleich den Umweltverbund aus Radverkehr, Fußverkehr und ÖPNV fördert, schützt das Klima und zugleich die Gesundheit der Bremerinnen und Bremer. Damit ließe sich die Feinstaubbelastung, die bundesweit noch immer jährlich für zehntausende vorzeitige Todesfälle verantwortlich ist, ebenso reduzieren wie die Zahl der Verkehrstoten (*siehe Kapitel Gesundheit*). Um dies zu erreichen, muss die

Bremische Politik umgehend eine Reihe konkreter Maßnahmen auf den Weg bringen und noch in der aktuellen Legislaturperiode bis 2022 mit der Umsetzung beginnen. Ziel muss sein, dass die Fortbewegung zu Fuß, mit Fahrrad und ÖPNV zeitsparender, kostengünstiger und angenehmer wird als das Autofahren.

Wir fordern:

- Der städtische Autoverkehr muss drastisch eingeschränkt werden. Dazu muss die Bremer Landesregierung möglichst weiträumige autofreie Bereiche und autoarme Quartiere definieren und sofort mit deren Umsetzung beginnen. Auf Grundlage eines Zirkulationsplanes lassen sich überregionale und innerstädtische Durchgangsverkehre planerisch und baulich unterbinden. Auf Bremischen Straßen muss Tempo 30 zur Regelgeschwindigkeit werden, auf Wohnstraßen 20 km/h.
- Für die dauerhafte Abmeldung von Autos sollte ein Anreizprogramm etabliert werden. Um den Bürgerinnen und Bürgern auch ohne eigenes Auto verschiedene Optionen für Mobilität zu bieten, sollte bis 2022 in allen Quartierszentren stationsbasiertes Carsharing eingerichtet werden.
- Da illegales Parken im öffentlichen Raum Radfahrer und Fußgänger gefährdet und das Durchkommen von Rettungsfahrzeugen behindert, muss Falschparken durch eine effektive Verkehrsüberwachung und physische Barrieren unterbunden werden.
- Bis Ende 2022 muss eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung in den Stadtteilen Mitte, Neustadt, Findorff, Walle, Schwachhausen und Östliche Vorstadt eingerichtet werden, für das gesamte bremische Stadtgebiet bis Ende 2026. Dabei gilt es, Parkplätze im öffentlichen Raum kontinuierlich und deutlich zu reduzieren und die Preise zu erhöhen, sicheres Fahrradparken sollte im gleichen Maße ausgebaut werden.
- Die jährlichen Finanzmittel für Instandsetzung und Ausbau der Infrastruktur für Fuß- und Radverkehr müssen verfünffacht werden und in Zukunft mindestens 20 Millionen Euro betragen. An allen Hauptverkehrsstraßen müssen 2,50 m breite Radwege oder geschützte Radfahrstreifen installiert werden, etwa indem auf allen mehrspurigen Hauptverkehrsstraßen ohne Straßenbahn eine Spur in eine sichere Fahrradspur umgewandelt wird. Bei der Markierung von Radwegen ist darauf zu achten, dass keine Bodenbeläge verwendet werden, durch deren Abrieb Mikroplastik entsteht.
- Um den Verkehrsfluss für Fußgänger und Radfahrer zu verbessern, müssen deren Ampelwartezeiten in ganz Bremen auf max. 30 Sek. beschränkt werden. Konzepte einer „grünen Welle“ für diese Verkehrsarten sollten ausgeweitet werden und Busse und Straßenbahnen bis Ende 2022 ohne Ampelverzögerung staufrei fahren.
- Der ÖPNV muss massiv ausgebaut werden, um mit neuen Linien und Haltestellen schrittweise alle Stadtteile Bremens

und Bremerhavens sowie deren Umland gut zu erschließen. Im Berufsverkehr sollten Straßenbahnen und wichtige Buslinien im 5-Minuten-Takt fahren und das Nacht- und Wochenendangebot ausgeweitet werden. Ein umlagefinanzierter, fahrscheinfreier Nahverkehr, der Angebotserweiterung und Ausbau des ÖPNV ermöglicht, sollte bis 2022 auf den Weg gebracht werden.

- Für Berufspendler*innen muss das Park&Ride-Angebot an ÖPNV-Haltestellen nahe der Wohnorte ausgeweitet werden, inkl. Ladestationen für E-Autos und E-Bikes. Die Bremer S-Bahnen sollten bis 2030 im 15-Minuten-Takt fahren. Bremen muss sich beim Bund und der DB AG für den Bau zusätzlicher Gleise und Haltepunkte gemäß VEP sowie die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Bahnstrecken einsetzen.
- Der Bremer Flughafen darf weder erweitert noch mit öffentlichen Geldern aus den bremischen Haushalten subventioniert werden. Klimaschädliche Kurzstreckenflüge müssen sofort eingestellt und Alternativen im Bahnverkehr gefördert werden.

Konsum und Abfall

Konsumgüter machen indirekt (verbrauchsseitig) einen großen Teil der CO₂-Emissionen aus, die in Bremen verursacht werden. Allein die Plastikproduktion aus fossilen Rohstoffen und die Verbrennung von Plastikabfällen könnten bis 2050 etwa 10-13% des weltweiten CO₂-Budgets verbrauchen, das zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels noch verbleibt. Auch die Herstellung anderer Produkte wie Computer, Smartphones oder Autos ist höchst energie- und ressourcenintensiv. Plastik ist zudem kaum biologisch abbaubar und verschmutzt, einmal in die Umwelt gelangt, als Makro- und Mikroplastik Ökosysteme auf der gesamten Welt.

Auch die Verwendung von Bioplastik oder nachwachsenden Rohstoffen wie Holz und Papier ist nicht die Lösung des Problems. Eine steigende Nachfrage nach der nötigen Biomasse kann sogar zu einer neuen Gefahr für Natur und Landschaft werden – durch verstärkte Flächeninanspruchnahme und eine weitere Intensivierung der Landnutzung, die mit gravierenden Umweltbelastungen und einer Beschleunigung des Artensterbens einherginge. Für ein nachhaltiges Wirtschaften in der postfossilen Zeit braucht es strukturelle Veränderungen in der Produktion sowie in der Art, wie wir konsumieren. Nur bei einem deutlich verringerten Ressourcenverbrauch können wir die stoffliche Nutzung von Mineralöl, Kohle und Erdgas durch nachwachsende, biogene Rohstoffe ersetzen – ohne ökologische Grenzen zu überschreiten.

Wir fordern:

- Die Bremer Landesregierung muss ein Konzept für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft entwickeln, die sich am Prinzip der maximalen Ressourcenschonung und den Zielen von Effizienz, Suffizienz und Konsistenz orientiert. In eine solche Strategie muss die energetische und stoffliche Nutzung von

Biomasse einbezogen werden. Dazu gehört die kaskadische Nutzung von Biomasse (z.B. Holz) und eine möglichst vollständige Verwertung von Bioabfällen.

- Die stofflichen Recycling-Quoten müssen in Bremen weiter erhöht und dabei ein Downcycling soweit wie möglich vermieden werden. Eine realistische Orientierung für die Erfolge der Kreislaufwirtschaft bietet eine Substitutionsquote, als Verhältnis zwischen tatsächlich eingesetzten Sekundärrohstoffen und dem gesamten Materialaufwand. Die verbleibende Menge an Restmüll muss insgesamt deutlich reduziert und die Müllverbrennung auf diesen beschränkt werden.
- Der angekündigte Aktionsplan „Zero Waste“ ist eine vielversprechende Initiative, die zeitnah vorangetrieben werden und in die Umsetzung gehen muss. Dabei sollten insbesondere Mehrwegsysteme gefördert werden, die den Ressourcenverbrauch durch Verpackungen aus Plastik, Papier und anderen Materialien reduzieren. Ein Pfandsystem für Coffee-to-Go Becher muss bis 2023 eingeführt werden, gefolgt von weiteren Verbrauchsgütern. Auf der Basis von Life Cycle Analysen sollten diejenigen Lösungen vorangebracht werden, die den größten ökologischen Nutzen versprechen.
- Zudem muss Bremen die Wiederverwendung gebrauchter Güter stärken, z.B. durch die Förderung von Second Hand Läden, Repair Cafés, verbesserte Möglichkeiten zur Wiederverwendung an den Bremer Recyclingstationen sowie weitere innovative Ansätze zur Wiederverwendung.
- Der Bremer Senat muss sich auf Bundesebene für politische Initiativen zur Förderung von Mehrwegsystemen und der Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit von Produkten einsetzen. Die öffentliche Hand muss mit gutem Beispiel vorangehen und die öffentliche Beschaffung und Ausstattung öffentlicher Einrichtung nach diesen Kriterien ausrichten.

Bildung und Wissenschaft

Wie die Menschheit mit den Herausforderungen des Klimawandels umgeht, hängt maßgeblich von unserem Wissen über die klimatischen Zusammenhänge und den menschlichen Einfluss auf das Klima ab. Aber auch unsere Kompetenzen für einen angemessenen Umgang mit den Klimawandelfolgen sind entscheidend dafür, ob und wie in Zukunft ein gutes Leben für alle Menschen auf der Erde gewährleistet werden kann. Bildung und Wissenschaft sind daher zentrale Stellschrauben, um die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen und nachhaltige Lebensstile und Wirtschaftsformen zur neuen Norm zu machen.

Bildung darf dabei nicht nur die individuellen Lebensstile im Blick haben. Um adäquate Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit zu liefern, muss sie die Menschen dazu befähigen, auch ihre Umwelt aktiv mitzugestalten und an der Schaffung

nachhaltiger Strukturen mitzuwirken. Die Vermittlung entsprechender Kompetenzen und Lerninhalte muss übergreifendes Ziel der Bildungspolitik in Bremen sein.

Wir fordern:

- Unterrichtsinhalte zu den Themen Klima, Umwelt und Biodiversität müssen als Querschnittsbereich in den Curricula aller Jahrgangsstufen in Bremer Schulen verankert werden. Dazu sollten auch regelmäßige Praxiseinheiten und Projektwochen gehören. Die Vermittlung von Nachhaltigkeitsaspekten sollte bereits in der frühkindlichen Bildung beginnen.
- Bildungskonzepte für den Klimaschutz und Bildung für Nachhaltige Entwicklung müssen wesentlicher Teil in der Aus- und Weiterbildung von Erzieher*innen und Lehrer*innen sein. Dazu gehören im Lehramtsstudium für die Sekundarstufen I und II ethische, ökonomische und soziale Fragestellungen und Lösungsansätze auf breiter wissenschaftlicher Basis.
- Der Senat sollte ein Konzept „klimaneutrale Schule“ als Orientierungshilfe für alle Schulen in Bremen entwickeln. Die Schulen müssen bei der Umsetzung des Konzeptes durch ausgewiesene Expert*innen (z.B. Umwelt- und Klimaberater*innen) begleitet und für konkrete Maßnahmen vom Land finanziell unterstützt werden.
- Um niedrigschwellige Bildungsangebote zum Thema Klimakrise für alle Bremerinnen und Bremer zugänglich zu machen, müssen außerschulische Lernorte in diesem Bereich gefördert und in ihrer Arbeit verstetigt werden.
- Das Angebot für Studierende und Auszubildende, sich mit Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitsthemen auseinanderzusetzen, muss ausgeweitet werden- zum Beispiel durch die Einrichtung eines neuen Studium Oecologicum-Moduls oder eine direkte Integration im Studien-/Ausbildungsfach.
- Die transformative Forschung zu Nachhaltigkeitsthemen an bremischen Hochschulen sollte als ein wesentlicher Schwerpunkt der Wissenschaftslandschaft in Bremen ausgebaut werden, u.a. durch verstärkte Förderung der entsprechenden Forschungsinstitute und die Ausweisung von Klimastipendien für Nachwuchswissenschaftler*innen, die in diesen Bereichen arbeiten.

Ernährung

Die Art und Weise, wie wir uns ernähren und Landwirtschaft betreiben, hat entscheidenden Einfluss auf das Klima und unsere Umwelt. Immerhin verursacht die Landwirtschaft ca. 30 % der globalen Treibhausgasemissionen, ein Großteil davon durch die Erzeugung von Fleisch- und Milchprodukten. Zugleich ist die Landwirtschaft der stärkste Treiber für den dramatischen Artenverlust, den wir derzeit erleben. Doch der hohe Verbrauch tierischer Produkte mit einem Fleischkonsum von 60 kg pro Person im Jahr schädigt nicht nur Umwelt und Klima, sondern hat auch negative gesundheitliche Folgen. Daneben trägt auch

die Verschwendung von Nahrungsmitteln zu einem enormen Ressourcenverbrauch bei. In den Küchen öffentlicher Einrichtungen wie Schulen, Kitas und Studierendenwerken landen jedes Jahr fast 2 Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll.

Die Bremische Politik muss ihre Bemühungen weiter intensivieren, um die ökologische Landwirtschaft in der Region voranzubringen. Damit leistet sie neben dem Klimaschutz zugleich einen Beitrag zur Verbesserung der Grundwasser-, Boden- und Luftqualität sowie zum Erhalt artenreicher extensiver Weiden und Wiesen im Bremer Umland. Parallel muss das Essensangebot in öffentlichen Einrichtungen nachhaltiger werden, um die Umwelt und die Gesundheit der Menschen in Bremen zu schützen.

Wir fordern:

- Der Anteil an fleischhaltigen Speisen in öffentlich subventionierten Einrichtungen (Schulen, Krankenhäuser u.a.) muss entsprechend den Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) deutlich reduziert werden. Demnach sollte Fleisch maximal zwei Mal in der Woche auf dem Speiseplan stehen.
- Der bundesweit beachtete Bremer Aktionsplan 2025 zur Umstellung der Gemeinschaftsverpflegung auf den Einsatz von 100 % Bioprodukten weist in die richtige Richtung und sollte als Querschnittsaufgabe von allen Senatsressorts forciert umgesetzt werden, zusammen mit der gleichzeitigen Reduktion des Fleischanteils.
- Eine nachhaltige öffentliche Auftragsvergabe im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes muss klare vertragliche Regelungen zur Reduktion von vermeidbaren Lebensmittelabfällen vorgeben. Eine maximale Abfallquote von 5 % der erzeugten Speisen sollte hier der neue Standard sein.
- Der Bremer Senat muss in Kooperation mit dem Land Niedersachsen Förderprogramme aufsetzen, um den Anteil extensiv und ökologisch bewirtschafteter Flächen im Bremer Umland weiter zu steigern und die regionale Vermarktung von Bio-Lebensmitteln zu erleichtern. Dabei gilt es, insbesondere die Landnutzung auf Moorböden so zu gestalten, dass die Treibhausgas-Emissionen dort deutlich verringert werden.
- In der Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten der Öffentlichen Hand muss eine zeitgemäße Ernährungsbildung unter Berücksichtigung gesundheitlicher und ökologischer Aspekte integriert werden.

Gesundheit

Die Klimakrise stellt eine immanente Bedrohung für die menschliche Gesundheit dar. Dies ist auch in unseren Breiten bereits jetzt sichtbar – beispielsweise an einem Anstieg der Todesfälle im Rahmen schwerer Hitzewellen, wie sie seit Anfang des Jahrtausends gehäuft zu beobachten sind. Viele Atemwegs-, Herz- Kreislauf- und andere chronische Erkrankungen

verschlechtern sich unter dem Einfluss von Extremtemperaturen. Mit zunehmender Erwärmung werden auch weitere negative Folgen der Klimakrise zu Tage treten, wie beispielsweise die Ausbreitung von Infektionserregern oder Probleme bei der Nahrungsmittel- und Trinkwasserversorgung. Extreme Wetterereignisse wie Gewitter und Starkregen erhöhen zudem das Risiko schwerer Unfälle und Überschwemmungen.

Von den gesundheitlichen Risiken der Klimakrise sind ältere und chronisch kranke Menschen sowie kleine Kinder in besonderem Maße betroffen, die zunehmende Hitze trifft die Menschen in der Stadt zudem meist stärker als die Landbevölkerung.

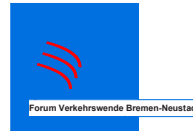
Gleichzeitig wirken sich die meisten Maßnahmen zu Klimaschutz und -anpassung positiv auf die Gesundheit der Menschen aus (sog. Co-Benefits). Die Förderung des Rad- und Fußverkehrs im Zuge der Verkehrswende animiert zu mehr körperlicher Bewegung und eine deutliche Reduktion des Autoverkehrs reduziert die Zahl der verkehrsbedingten Unfall- und Todesopfer. Durch den Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Rohstoffe im Verkehr wie im Energiebereich kommt es zu einer Verbesserung der Luftqualität. Auch für die positiven gesundheitlichen Auswirkungen eines verringerten Fleischkonsums gibt es viele wissenschaftliche Belege. Und nicht zuletzt verbessert eine nachhaltige Stadtplanung die Gesundheit und Lebensqualität der Bremer Bürger*innen, indem sie durch Maßnahmen wie die zunehmende Stadtbegrünung den Hitzeinseleffekt reduziert und neue Erholungsräume schafft. Der Gesundheitsschutz der Bevölkerung durch klimapolitische Maßnahmen ist somit eine Querschnittsaufgabe, die bei allen wesentlichen Entscheidungen der Landesregierung mitberücksichtigt werden sollte.

Darüber hinaus ist auch das Gesundheitswesen selbst in bedeutendem Maße Mitverursacher der Klimakrise. Durch den hohen Energie- und Ressourcenverbrauch entstehen im Gesundheitssektor 4,6 % der weltweiten Treibhausgasemissionen. Daher obliegt diesem Bereich auch eine besondere Verantwortung, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und Klimaneutralität anzustreben. Von politischer Seite muss dies unterstützt und eingefordert werden.

Wir fordern:

- Noch vor dem nächsten Sommer muss der Bremer Senat einen Hitzeschutzplan ausarbeiten, um die Bevölkerung vor den bereits jetzt auftretenden Hitzewellen besser schützen zu können.
- Für die öffentlich finanzierten städtischen Krankenhäuser müssen Umwelt- und Klimaschutzkonzepte erarbeitet werden. Jedes Haus sollte verpflichtend eine*n ausgebildete*n Klimamanager*in benennen, deren Aufgabe die Implementierung von Maßnahmen zur Reduktion des Energie- und Ressourcenverbrauchs ist. Die CO₂-Emissionen sollten mit dem Ziel von Zero-Emission-Hospitals bis 2035 schrittweise gesenkt werden.

Unterzeichnende Organisationen:



Dieses Forderungspapier wurde vom Projekt „Bremen erneuerbar“ initiiert und gemeinsam mit dem KlimaNetzwerk Bremen erarbeitet. Weitere Informationen unter www.bremen-erneuerbar.de

Stand 25.01.2021